

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

242 (17.10.1919)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgabe 1.60 M, durch unsere Träger zugestellt 1.70 M, am Postkasseler 1.75 M, durch den Postboten zugestellt 1.90 M monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 und 2-1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: städtische Nr. 128, Redaktion Nr. 451

Anzeigen: Die Typsetz. Kolonnenzeile od. deren Raum 20 A, Restamen 1.-M, zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 9 norm., für groß. Aufträge nachm. zuvor.

Deutschlands Antwort in der Baltikumfrage.

Der alldeutsche Wahltrieb.

Karlsruhe, 17. Oktober.

Die Deutsch-Nationalen haben etwas gelernt und das haben sie von den Sozialdemokraten gelernt: nach einer verloreneren Wahlkandidatur muß man den Agitationskampf sofort beginnen. Früher hatten sie das überhaupt nicht so sehr nötig. Ob ein paar Abgeordnete mehr oder weniger, das kam so viel nicht darauf an. Sie hielten zur Regierung, die Regierung hielt zu ihnen, deren Mitglieder rekrutierten sich aus ihren Klassen und da alle Macht sich in dieser Spitze konzentrierte, so geschah doch, was sie wollten. Das was heute die Deutsch-Nationalen sind, hat seit Jahrzehnten keine Majorität beisehen und doch haben sie in Wirklichkeit geherrscht.

So bequem wird es ihnen heute und in aller Zukunft nicht mehr gemacht werden. Es gibt für sie, um zum Wiederbesitz der politischen Macht zu kommen, zwei Möglichkeiten: gewalttätige Milderung oder agitatorische Werbung. Ihrem Naturell, ihren Lebensgewohnheiten, ihrer ganzen Vergangenheit nach würde die Methode rücksichtsloser Gewaltanwendung besser entsprechen. Aber wir haben jetzt die Erfahrung, sie würden für derart Praktiken, etwa für Besetze, auf Vater und Mutter zu stehen und mit einem von zehn Soldaten begleiteten Deputierten den Reichstag fortzuführen nur so lange, als sie der Verfügung über den parlamentarischen Apparat sicher wären. Sie waren Gelden außerhalb der Gefahr. Wir haben ihren Mut doch erheblich überhäuft. Für den Kaiser schließlich war es überhaupt für die Monarchie wollten sie sich in Stücke hauen lassen. Nun, sie gehen noch heute herum, ohne in Stücke gehauen zu sein, und am perfektesten funktionierten dabei immer noch ihr Mundwerk. Das gutbürgerliche Programm haben sie so gut wie aufgegeben. So süß und so dummt zu sein, um Punkte zu erwirken, überlassen sie der wild gewordenen Mitternacht des Lebens dem Geringwertigen Spartakus.

Die Deutsch-Nationalen haben also ihre Situation bekräftigt und sich frühzeitig in die Wahlkampagne begeben. Was ihre Motive, Selbstkritik an der Spitze, sich als Wanderebene leisten, ist Wahlkampagne, was sie in ihren Flugblättern verkünden, dient bereits ganz klarer den Zwecken der künftigen Wahlkandidatur. Und dabei verfahren sie nun auch nicht ohne Gedächtnis. Ihre Taktik besteht darin, möglichst wenig von ihrem positiven Programm zu sprechen und die dankbareren negativen Punkte ihrer Politik mit desto wichtigerer Agitationsvehemenz herauszuheben. Dazu haben sie verteuert viel Grund. Mit ihrem positiven Programm können sie ja kaum noch einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken.

Wiederentdeckung der Monarchie! Das ist gerade noch eine Einrichtlung, wozu man sich in Deutschland lehnt oder zu lehnen braucht. Die Allingeren von den Deutsch-Nationalen haben bereits auf die Rehabilitierung des Unalldischen von Amerongen verzichtet. Auch eine Hofenermonarchie braucht es nicht kundlich zu sein, wenn nur überhaupt eine Monarchie wieder ans Ruder kommt. Ohne die recht es nicht. Freilich sie haben recht von ihrem Standpunkt. Aber werden sie sich hüten, das alles laut zu sagen, denn ihr Versteckensdunkel ist nur der einer kleinen Klasse und wer steht dafür, daß eine neue Monarchie, freilich in erbogener Herrlichkeit jenseits aller Kontrolle von Parlament und Volk, das Land nicht wieder in ein Unalld hineingerät, wie es eben in einer solchen Geheimmonarchie politischer Kautelenheit möglich ist? Nein, die Monarchie hat aufgegeben. Wenn auch das Streben der Deutsch-Nationalen danach hingehört, von ihr zu reden, ist, wie Göthe sagt, Verlegenheit.

Nicht besser sieht es mit ihrem zweiten positiven Programmpunkt, mit der Wiedererkerkung des Militarismus. Wie sich die Deutsch-Nationalen diese denken, ist ihr Geheimnis. Noch haben sie uns nicht verraten, wie man ein Instrument, dessen Zerfallung die Mehrheit des Volkes mit der Geratungung bedroht: da hast das Schicksal erklirt, das du, ein dreimaler Kluch der Kulturverderber, verdient hast mittels dieses Volkes wieder aufzutreten, während aberdem der Feind, der es zerklüht, die Veruche zu seiner Wiederherstellung mit ziemlich gewöhnlicher Aufmerksamkeit beobachtet, um sie zu verhindern. Auch mit allen übrigen positiven Programmpunkten steht es eben so An und für sich sind es die alten konterpolitischen Forderungen, die sich auf den ersten Blick als Kapitalismus und Monarchie der feudalaristokratischen Klassen. Von ihnen wird möglichst wenig gesprochen, denn agitatorische Werbestraft befehlen sie wohllich nicht.

Die Deutsch-Nationalen nutzen jetzt lieber die Vorteile ihrer heutigen Oppositionsstellung aus. Vor allen Dingen

haben sie das wirksamste Moment logisch erfaßt. Die antimilitärische Sekte. Nach dem das alte Regiment völlig verrottet, können sie auf diesen Trümmern. In jener denkwürdigen Unterredung vom 8. November vergangenen Jahres in der Wilhelm II. mit den Generalen über die Möglichkeit seiner Abrennung Rat hielt, ging der General v. Schulenburg gleich auf's Ganze: er schlug eine Reorganisierung vor. In diesem Strang gehen die Deutsch-Nationalen leibhaftig weiter und so weit haben sie es ja allidlich gebracht, daß die Aufforderung zu Reorganisierung mit gar nicht mehr zuzuerwartender Deutlichkeit in Flugblättern kundgegeben wird. Es ist — wir wiederholen, was wir des langen und breiten hier bereits anführten — es ist ein Unfinn, zu meinen, die antimilitärische Bewegung sei unerschöpflich, d. h. sie sei bloß als Niedertrakt und Mörder daran interessiert entstanden. Das ist nicht möglich. Sie hatte Material, wenn auch daselbe Anlagematerial gegen nichtmilitärische Volksgewalt verlegt und gegen die geänderten um weichen, die am phoridischen des Judentum verfluchen. Den Charakter der Sekte hat die Vererbung ohne Frage, nicht nur mit Rücksicht auf die Folgen, welche sie will, sondern auch wegen eines ihrer Hauptmotive: ohne Zweifel denken die Deutsch-Nationalen sie als Ablenkungsmaschine. Wer das so verantworten hat, was sie verantworten müssen, der kann freilich kaum Besseres, will sagen, kaum Sachverständigeres tun, als wilde Behauptungen nach einer Ordein nicht beisehen Volkslasse kleudern und sich dann solche heileide drücken.

In einem Atem geht es bei ihnen gegen die Juden und gegen die Regierung. Die Regierung kann nicht eine einzige Maßnahme treffen, die sich aus der politisch-wirtschaftlichen Lage von selbst ergibt, ohne daß die Deutsch-Nationalen mit einer offenkundigen Kritik die geschäftliche Begründung der Motive verdrängen. Von fernem Beispielen eines. Innerhalb hat die republikanische Regierung Deutschland vom Krieg erlöst, in den die kaiserliche Obrigkeit wie herumtappende Trunkenbolde freigespielt hat. Nun häusiert ein Herrchen, mit ein- und derselben Rede durch ganz Deutschland und läßt so ungeschicklich durchfallen, daß die Regierung durch die Annahme der Waffenstillstandbedingungen und des Friedens Deutschland aus Gefahr gegen den eigenen Militarismus der Gegenwart affidlich auskliefert habe. In ihren Reden sagen es die Deutsch-Nationalen ungeschicklich häufig. Da wollen wir doch kurz an die Rolle ihrer Partei in dieser Prozedur erinnern. Wie Dr. Lenz erzählt, haben die Deutsch-Nationalen vor der endgültigen Zustimmung zum Friedensvertrag seitens der Nationalversammlung in Proklamierungen ihre Stellungnahme hierzu erklärt. Diese war durchaus nicht einseitlich wie ja auch in offenkundigen Wählern damals heute für und gegen gegen die Zustimmung notwendig wurde. Erst als die Deutsch-Nationalen sahen, daß die Weimarer Volkstretung auch ohne sie mit erheblicher Stimmenmehrheit den Friedensvertrag annahm, wurde, stimmten sie geistlos ab. Selber sind sie die alten, braven Patrioten, Erbeherer und die Regierung Verräter.

Darauf wollen wir doch für die kommende Wahlkampagne Acht geben. Wenn die Deutsch-Nationalen mit einem negativen Programm ihre Agitationsgeschäfte betreiben wollen, so wollen wir sie doch, wo sich Gelegenheit dazu bietet, fragen: was habt ihr uns Positives zu bieten, wodurch steht ihr Deutschland aus seiner unalldischen politisch-wirtschaftlichen Lage heraus zu können. Wir wollen sie zu dem Einverständnis zwingen, daß sie keine anderen Mittel haben, als diejenigen, durch die wir uns Unalld hineingerieten. Und wenn sie etwa erwidern: auch ihr Sozialdemokraten habt eure Wahlversuche im alten Regime der rein negativen Kritik zu verdanken, so entworten wir, das ist nicht wahr. Wir sind politisch groß geworden, weil hinter der Kritik ein positives Programm stand, das sich vor der Zukunft sehen lassen konnte und weil unsere Kritik damals sich eben aus den Forderungen des positiven Programms ergab.

Baltikumnote.

Berlin, 16. Okt. Dem Vertreter des Marschalls Joch ist heute folgende Note übergeben worden:

Die alliierten und assoziierten Regierungen sehen die deutsche Regierung ernstlich in ihrer Mitteilung vom 18. d. zur Klärung des Baltikums und Situations anfordern, nachdem sie noch im Mai ausdrücklich verlangt und angeordnet des Protokolls der deutschen Regierung darauf bestanden hatte, daß die deutschen Truppen von dort nicht zurückgezogen werden sollten. Seitdem war die deutsche Regierung unablässig bemüht, die Zurückziehung der Truppen durchzuführen. Sie wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um den Wider-

stand der Truppenteile zu brechen, die sich um das ihnen von der lettischen Regierung verbrochene Einbürgerungsrecht und die erhöhte Anstellungsmöglichkeit gebracht haben. Sie sperrete schließlich den widerrechtlichen Truppen Sold, Proviant und die sonstigen Zufuhren und entsog ihnen sogar die bereits erworbenen Ansprüche auf spätere Versorgung. Sie traf Maßnahmen, um jeden etwaigen Versuch von Munitions- und Mannschaftsnachschüben zu unterbinden, sperrete zu diesem Zweck den gesamten Personenverkehr nach dem Baltikum und ordnete die Bewachung aller Grenzstationen an.

Dies alles zeigt, daß die deutsche Regierung keine Veranlassung gab, so einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, wie sie in den Noten der alliierten und assoziierten Regierungen vorsehen sind. Die deutsche Regierung lehnte es auch nicht ab, den General von der Goltz aus dem Baltikum abzurufen; sie wies lediglich darauf hin, daß es sich dabei um eine innere deutsche Angelegenheit handelte. Tatsächlich wurde General von der Goltz damals abgerufen. Erst bald nach seiner Abreise erfolgte die Reuerei der Eiseren Division und veranlaßte ihn, aus eigenem Entschluß nach Mitau zurückzukehren. Diese vorübergehende Rückkehr wurde auch nur deshalb geduldet, weil von der Goltz noch am ehesten den unzufriedenen Truppen gegenüber genügend Autorität zu haben schien, um sie zur Befolgung der Abmarschbefehle zu bestimmen. Ein Teil der Truppen folgte dann auch seinen Anordnungen. Als auch sein Einfluß zu verfallen begann, wurde von der Goltz endgültig abgerufen und nach Berlin befohlen.

Zwischen hat General Eberhard als sein Nachfolger den Befehl übernommen. Die deutsche Regierung hat keine neue Regierung in jenen Gebieten anerkannt, noch hat sie mit einer solchen irgendwelche Verbindung. Sie hat den deutschen Soldaten strengstens verboten, in russische Formationen einzutreten und hat mit denjenigen, die es trotzdem taten, jede Verbindung abgebrochen. Es befindet sich bei den russischen Kampftruppen im Baltikum kein einziger deutscher Soldat, aber den die deutsche Regierung noch Befehlsgewalt ausüben könnte.

An der Expedition des Generals Vermandt sind keine neuen deutschen Kommandos unterstellenden Truppen beteiligt. Die politischen und militärischen Pläne des Generals Vermandt werden in keiner Weise gebilligt. Deutschland hat weder gegen das lettische, noch gegen das russische Volk irgendwelche kriegerische Absichten.

Die deutsche Regierung nimmt gern Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen eine interalliierte Kommission nach den baltischen Provinzen entsenden wollen. Sie bietet diese Kommission, sobald als möglich abzureisen und zur Besprechung mit den hiesigen Stellen einen kurzen Aufenthalt in Berlin nehmen zu lassen. Die Kommission wird sich durch eigenes Urteil überzeugen, daß die gegen die deutsche Regierung erhobenen Vorwürfe nicht aufrecht erhalten werden können.

Politische Uebersicht.

Streik gegen die Unabhängigen.

Ueber die neuen in Berlin ausgebrochenen Streiks wird uns von dort geschrieben: 15.000 Berliner städtische Hilfsarbeiter sind plötzlich in den Ausstand getreten. Die Verteilung der Brotkarten, der Kartoffelkarten, der Kohlenkarten, der Milch-, Fett- und Butterkarten, der Fleischkarten und der Bezugscheine hat in 240 Dienststellen aufgehört, die Sparassamensstellen und die Büros für Krankenernährung sind geschlossen, Bezugscheine werden nicht mehr ausgestellt.

Die Hilfskräfte haben sich formal ungewissheit ins Unrecht gesetzt. Am 30. April hatte der Schlichtungsausschuss zwischen dem Magistrat und den Hilfsarbeitern einen Schiedsspruch gefällt, der auch das Verfahren bei neuen Gehaltsforderungen regelte. Insbesondere war eine längere Kündigungsfrist vorgesehen, damit genügend Zeit zu Verhandlungen und Schlichtungsversuchen bliebe. Dieser Bestimmung haben sich die Hilfskräfte nicht gefügt, sondern haben ihre Forderungen ultimativ gestellt und sind in den Streik getreten, als diese nicht bewilligt wurden. Auf dem Standpunkt, daß man den Hilfskräften nicht geben könne, was sie forderten, haben sich alle Parteien der Stadtverwaltung gestellt; denn hätte man die Forderungen der Hilfsarbeiter in den städtischen Büros befreit, so hätte man die Steuern sofort ganz wesentlich erhöhen müssen. Auf der andern Seite hat die Gewerkschaft der Angestellten die Forderung der Hilfsarbeiter als voll berechtigt anerkannt. Da in Berlin die Unabhängigen das ausschlaggebende Wort in der Stadtverwaltung haben, handelt es sich also letzten Endes um einen Streik gegenständlichen Charakters gegen die Unabhängigen. Streiks dieser Art sind schon mehrfach vorgekommen, während die Unabhängigen in der Reichsregierung haben.

Und in solchem Falle versagt nun ganz das übliche Schema: brutale Kapitalisten, die den Arbeitern ihr voll gerechtfertigtes Verlangen nach einigen fleunigen Julagen aus Gabiger und Eigennuß abschlagen, korrupte Rechtssozialisten, welche verächtlich die Partei des Kapitals ergreifen, Streikbrechergarden und Noskites. All das zeigt doch nicht recht auf, wenn auf Seiten der heilsten Arbeitgeuer die um Wurm- und Rosenfeld die Hauptrolle spielen.

Seite 3
Murgwe
igen Gef.
umkeit bei
für Licht-
lich. Es
Bekannt-
über die
tektischer
tung hat,
den Vor-
entziehung
mens sechs
rieß von
cht für die
n müssen,
1919.
7195
chtig!
und
rlsruhe
unt 6 Uhr
Stefanten
G.
der Handels-
n, betreffend
Industrie,
ber die ge-
Betrieb hat
7190
schiffe
bung.
heater.
1919. 7199
eit.
A. Mozart.
e 1/11 Uhr
über.
ührung: Die
Alfred 2. rang
ne" (Gr. Pr.)
ung-Höllischer
die Schlange"
Konzert. Diri-
ert u. Regier:
in 2.ema von
e. 7/11. Haupt-
stimmal: Die
inmetoben und
Kristan und
M. Pr.) 6. —
Ein Märchen-
e. 50), abends 7
3, nach u. 2/4
e (Gr. Pr.) —
Im Konzert
M. Pr.) 7. —
Vorzugsplätzen.
a. den 17. und
von Montag,
Sa. 1. Nov.,
e Preise (7.50)
— 14. — und
n 20. und 21.
n 22. und 23.
n 27. Okt. an
1/2 8 Uhr
zert
theaters.
sch.
Landestheater.
r: Variationen
s von Mozart;
l). 7199
Pl. usw.
r 2 Mk. 50 Pl.
b Karlsruhe
zu n Verkauf
Petrieb
7203
en an di: Bad.
1 Karlsruhe
Bieinhagen 19
4 Uhr

Wir können also den neuesten Berliner Streikfall ruhig betrachten, ohne die übliche unabhängige Demagogie befürchten zu müssen. Die Forderung der Hilfskräfte ist an sich berechtigt, wenn sie ein halbwegs auskömmliches Dasein haben sollen. Das Unglück der Zeit ist nur, daß in Deutschland absolut die Mittel fehlen, um der großen Masse des Volkes ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Und je mehr gestreift wird, desto aussichtsloser wird das Streben danach. Nur ganz langsam mit dem fortschreitenden Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und der Abwälzung der Kriegsschulden, kann die Lebenshaltung verbessert werden. So berechtigt das Verlangen der Angestellten ist, so verbredlich wäre es von der Stadtverwaltung, es auf Kosten der Steuerzahler ohne weiteres zu erfüllen, da es diesen vielfach noch weit schlechter geht als den Angestellten.

Was hier von den Hilfsarbeitern der Stadt Berlin gesagt ist, trifft genau so gut auf Metallarbeiter, Eisenbahner, Staatsarbeiter und Beamte aller Art zu. An sich berechnete Forderungen müssen heute zurückgewiesen werden, weil ihre Erfüllung unmöglich ist; die Zurückweisung aber entfesselt Streiks, die das Wirtschaftsleben immer weiter ruinieren, und das Verhängnis nimmt seinen immer verhängnisvolleren Lauf.

Es gibt aus dieser Zwangslage nur einen gewaltsamen Ausweg, die Einführung des Zwangsschiedsgerichts auf gewisse kurz bemessene Fristen, während deren kein Streik das Wirtschaftsleben föhren darf. Diese Gnadenfrist ist für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens unerlässlich. Die alten Gewerkschafter mögen sich gegen diesen Gedanken sträuben, aber wer das Ganze unserer Lage überblickt, wird ihn unbedingt vertreten müssen.

Einst war die Revolution ein Kampf gegen fremde völkerverdrängende Gewalt für die Demokratie, die Selbstregierung des Volkes. Heute ist der Gedanke der Revolution ein Kampf für eine fremde, völkerverdrängende Macht gegen die Demokratie, gegen die Selbstregierung des Volkes. Einst waren Streiks Kämpfe gegen das Kapital für die Verbesserung der Arbeiterlage. Heute sind Streiks eine Verschlechterung der Arbeiterlage, gleichviel, wie sie unmittelbar enden, und die beste Hilfe für das wirtschaftliche Herrenrecht des Kapitals. Heute sind die Streiks ein Kampf gegen den Sozialismus und gelegentlich, wie heute in Berlin, sogar besonders ein Kampf gegen die Unabhängigen.

Deshalb Schluß mit den Streiks auf ein Jahr. Befriedigung zum mindesten der wirtlichen Betriebe des Gemeinwohls, Sicherstellung ihres ungehinderten Fortganges durch technische Nothilfe oder irgendwelche andere Mittel, Zwangsschiedsgericht zum Ausgleich zwischen dem, was berechnete Forderung und mögliche Leistung ist — und so auf glatter Bahn vorwärts zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, der allein das Volk vom Elend rettet.

Berlin, 16. Okt. Infolge des gestrigen Streikschlusses der Maschinen- und Heizergewerkschaft der Metallarbeiterstreik eine bedrohliche Entwicklung zu nehmen. Ein großer Teil der Elektrizitätsarbeiter erklärte, sie würden heute Nachmittag die Stromleitung für die Straßenbahnen und die Beleuchtung einstellen. Die Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer findet heute Nachmittag statt. Es ist möglich, daß es aufgrund der Vorschläge des Reichsarbeitsministers zu einer Einigung oder zu einer Vertagung der Entscheidung kommt. Die Regierung ist entschlossen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen, um 1. Sabotageakte zu verhindern und 2. den für die Allgemeinheit eine Lebensnotwendigkeit darstellenden Strom durch Einsetzen der technischen Vorrichtungen zu erhalten. Eventuell einsetzender Widerstand muß sich vermeiden werden.

Gänzlich verrückt!

Die deutschnationale Schwerindustrie „Wost“ schwelt wieder einmal in Revandebellien. Eine Besprechung der jüngsten Rede Clemenceaus veranlaßt sie zu der Drohung, Deutschland werde den Vertrag von Versailles revidieren oder, wenn das nicht gelinge, „zerreißen, sei es auf friedlichem, sei es auf kriegerischem Wege“. Der Erguß fährt fort:

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Er seufzte und fragte sich mit der Feder auf dem Kopf, wenn die Herren Besitzer dieser solche Preise fürs Hinduoch machten, wie sollte man da bestehen? Von den Schwarzweibern gar nicht zu reden. Und die Grenze gegen Rußland war gesperrt, kein Schweinefleisch mehr rüber, und keine Speckhälften von Amerika, keine Tonne Schmalz war mehr erlaubt! Nun sollte bloß noch, daß der Sommer den Rotlauf brachte oder die Sperre fürs Hinduoch wegen Maul- und Hauerneuche, dann war's aus, dann konnte man hier gehen, medulle, bei Gott, wie der Hsbor es prophezeit hatte!

„Gott Abrahams, Halls und Jolobs!“ Der alternde Händler legte die Feder hin und schraubte gas Lämpchen ein wenig höher. Aber wie er auch schraubte und rückte, es wurde nicht lichter um ihn. „Mott meiner Väter, hast du denn ganz vergessen dein artemwähltes Volk? Wirst du uns nicht künden den Meßis, wie du uns hast doch verheißt? 's war an der Zeit! Teurer wirds von Tag zu Tag, aber bei Gott dem Allmächtigen, ich will nicht leben und gesund sein, wenn ich mache 'n Geschäft hier!“

Er steckte Nuten im betäubten Kopfsäckeln erstarre er nützlich; den Kopf ein wenig auf die Schulter geneigt blieb er stief sitzen. Denn draußen vor seinem Ladenfenster — so dicht, als tutele es ihm in die Ohren — erklang ein: „Gey, hepp!“

Das galt ihm! „Gey, hepp“ — wer hier hätte das nicht schon gehört?

Die Erscharrung wuß von Läs Scheitel. Sein Kaffabuch hinter den Ladenisch schleudert und sich selbst hinter den großen Gausloß schießend, auf dem das schwere Hfesscheitel bligte, stand er mit vorgequollenen Augen, das verfeitelte Federbeutelchen, mit dem er stets auf den Handel zog, fest an die Brust gedrückt.

Draußen tappten viele Schritte. Eine Faust pochte dech an den vorgelegten Fensterladen; eine Hand lezte sich auf die Klinke der Haustür und rüttelte daran.

Ein wilder, verängstigter Blick wari der Jude um sich; weh geschrien, die Läden waren nur von Holz und nicht von Eisen! Die hielten nicht lange dem Rütteln stand und die

Man sage uns nicht, wir hätten kein Heer. Der Weltkrieg hat schließlich auf die einiacksten Kampfmittel zurückgegriffen. Auch Senjen und Morgensterne in der Faust deutscher Bayern sind fürchtbare Waffen.

Derlei ist wohl nur noch pathologisch zu nehmen. Allerdings gehört der Verfasser, der den Revandekrieg mit „Senjen“ und Morgensternen gegen Tanks, Maschinengewehre und schwere Haubitzen predigt, in die Abteilung für gemeingefährliche Geistesranke. Es ist bezeichnend für das Niveau der alldeutschen Presse, daß eins ihrer angesehensten Blätter sich dazu hergibt, solch gemeingefährlichen Irrsinn in die Welt zu schleudern.

Der kommende Mann.

Auf dem alldeutschen Verbandstage, in den alldeutschen Blättern wurde in letzter Zeit immer wieder die bange Frage aufgeworfen: „Wo ist der Mann?“ Gemeint war der Mann, der sich mit genialer Kraft an die Spitze der alldeutschen Bewegung stellen und Deutschland im alldeutschen Sinne von der Republik „erretten“ würde. Wir können den Alldeutschen jetzt die beruhigende Mitteilung machen, daß der Mann gefunden ist. Im Anzeigenteil des „Allgemeinen Anzeiger“ Nr. 107 vom 6. September lesen wir:

Die Geburt eines frommen, deutschen Jungen, eines zukünftigen Räckers deutscher Erde, gelien hochzeitlich an Dipl.-Ing. G. Wernmann und Frau. Cassel, Kobenzollernstr. 137, 1. Et., 8. September.

Wir empfehlen den Alldeutschen, den Säugling Bergmann sofort zu ihrem Ehrenvorsitzenden zu ernennen. Schreiben wird er ja schon können, und mehr bedarf es bei den Alldeutschen nicht.

Wem verdankt das Zentrum seine Position?

Daß es die Frauen sind, die in ihrer politischen Mündigkeit vorwiegend Zentrum wählen, soweit sie katholisch sind, wurde bei allen Wahlen nach der Revolution beobachtet. Nur fehlte bis jetzt eine genaue Kontrolle darüber. Da nun bei den Kölner Stadtverordnetenwahlen getrennt abgestimmt wurde, ist der Nachweis erbracht, wie es die Frauen der Sozialdemokratie danken, daß sie von jeher für das Frauenwahlrecht eingetreten ist, das von den bürgerlichen Parteien, insbesondere aber vom Zentrum, immer bekämpft wurde. Nach dem amtlichen Ergebnis der Stadtverordnetenwahl haben Stimmen erhalten:

	Männerstimmen	Frauenstimmen
die Sozialdemokratie	47 074	29 026
das Zentrum	34 000	51 250
die U. S. P.	9 454	4 026
die Demokraten	7 630	5 830
die Deutsche Volkspartei	5 408	4 634
die Deutschnationale Volkspartei	1 608	2 210

Regt man nun der Verteilung der Stadtverordnetenstimme nur die Männerstimmen zugrunde, nimmt man also an, wir hätten kein Frauenstimmrecht, so würden erhalten:

	51 Sitze	anstatt jetzt 43 Sitze
die Sozialdemokratie	37	49
das Zentrum	10	7
die U. S. P.	6	7
die Demokraten	8	6
die Deutsche Volkspartei	6	6
die Deutschnationale Volkspartei	2	2

Da das Frauenstimmrecht eine alte Forderung der Sozialdemokratie ist und seine praktische Durchführung nur unsere Partei zu verhandeln ist, darf sich das Zentrum für die 12 Sitze, die es infolge des Frauenstimmrechts mehr erhalten hat, bei der Sozialdemokratie bedanken.

Verstümmelung im Befinden Haases.

Der „Köln. Volkszeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Der Weg, Haase leidet schwer unter der Wirkung der Verwundung. Sein Zustand ist so schlimm, daß niemand zu ihm gelassen wird. Die Kerse verfürchten das schlimmste. Man will in letzter Stunde noch versuchen, vielleicht durch die Amputation des verletzten Beines den Kranken zu retten.

Für auch nicht. Wo blieb der Gendarm, wo der Nachwächter mit seinem Spieß?

„Jude, Spießhute, Ganner, wir wollen dich lehren, das Fleisch so teuer machen!“ Unter der Wucht eines sich dagegen werfenden Körpers hinter die Tür und das ganze winzige Häuschen. Von Steinen — oder waren es Häute? — wie mit Kammern bearbeitete, kackte der Fensterladen. „Aach, von barst ein Spalt, und die Stange, die von innen vorgelegt war, fiel aus ihrer Klammer.“

Zu Hilfe, zu Hilfe! Wo blieben die, die den Bürger schützen sollten? Die entsetzten Augen des Juden rollten: was, die kamen nicht!

„Jude, Spießhute, Ganner! Du Gottesmörder —“ Da hörte Läs Scheitel weiter nichts mehr. Die schlolternden Hüfte in verzweifelter Anstrengung zur Eile zwinzend, prang er in die Kammer, „Kob den Nachriegel vor, karte den erlöschten aufstehenden Wessern zu: „Lauf, lauf, die Gofim kommen!“ und lezte zum Hinterfensterchen hinout, daß die Wauererhöde, die Köschen dort pflante, in Scherben klirrt. Einblings rannte er davon, wie das Wild auf der Jagd, sinnlos, atemlos, ein geheistes Tier.

„Gey, hepp!“

Er wari die Kaden fast bis an die Ohren auf eisiger Nudt; die Pantoffeln flopen ihm ab, er ließ sie fliegen, auf Boden rannte er in die Nacht hinaus.

Run war er schon weit. Er hörte nicht mehr das schreckliche Rochen an seiner Tür, auch nicht das Rochen an der Gofwirtschast des Prokonnist nebenan, auch das nicht am Warenhaus bei keinem Schwieperlehen Reiser Hirsch, auch das nicht bei Gendarmat Beisel, bei Joel Kofcheles, bei Abraham Schaul, und wie sie alle hießen. Er hörte aber immer noch das „Gey, hepp“ — das würde er hören bis an das Ende seiner Tage.

Vom Lousen erlösch, von Furcht übermannet, auf Läs Scheitel nieder. Hier war die Abdeckerei. Entwom lag das dunkle Häuschen, ein wenig von den andern abgerückt.

Aber er traute sich doch nicht zu fliehen; weh geschrien, jetzt nur nicht unter eines Christen Dach! Da froch er heber unter die Herbedaut, die weitrückts am Giebel auf Stanern tronete. Er froch auf allen vieren dorunter und machte sich ganz klein. Hier würden sie ihn nicht finden, die Gofim, und wenn sie ihn suchten die ganze Nacht und tagelang! Hier

Frankreich.

Ausschreiben der Wahlen.

Paris, 15. Okt. In der Kammer ersuchte der Minister des Innern, Pams, die Kammer, die Verfassung der Nation durch die Kammerwahlen zu bestimmen. Nach Bemerkungen Briands, der bemerkte, daß der Demokratie Gelegenheit gegeben werden müsse, sich in aller Ruhe auszupressen, verwarf die Kammer, gemäß dem Ertrachen, die Vergebung mit 324 gegen 132 Stimmen den Entwurf der Kommission und setzte die Kammerwahlen auf den 16. November fest und das Ende der Amtsperiode auf den 7. Dezember. Die nächste Legislaturperiode läuft am 31. Mai 1924 ab. Die Gemeinderäte werden am 30. November, die Generalräte am 24. Dezember und der Senat am 11. Januar 1920 gewählt werden.

Aus dem Elsaß.

St. Louis, 14. Okt. Die elsaßischen Sozialisten sind nunmehr in den Wahlkampf einetreten und haben zu dem Zweck am vergangenen Sonntag in Mülhausen eine Parteikonferenz der oberelsaßischen Sozialisten abgehalten, die auf fast allen Orten des Oberelsaßs befaßt war. In erster Linie handelte es sich um die Aufstellung eines gemeinsamen elsaß-lothringischen Aktionsprogramms, das auf zwei Landeskonferenzen in Straßburg bez. Colmar aufgestellt werden war. Das Aktionsprogramm verlangt vor allen Dingen die Selbstverwaltung der beiden Provinzen Elsaß und Lothringen, Anerkennung der deutschen Sprache als offizielle Verkehrssprache neben der französischen, weil mindestens 90 Prozent der elsaß-lothringischen Bevölkerung der französischen Sprache nicht mächtig sei. Ferner wird die Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Kohlen-, Erz- und Kaliwerke gefordert und endlich verlangt man völlige Gleichstellung der Elsaß-Lothringer mit den Franzosen. Ueber das Aktionsprogramm referiert der Chefredakteur des Mülhauer Parteiorans Jean Martin, welcher der Versammlung die Annahme des Aktionsprogramms empfahl. Ueber dasselbe entspann sich unter den Delegierten eine sehr lebhafte Diskussion, noch wurde demselben einstimmig zugestimmt. Für das Oberelsaß stellen die Sozialdemokraten sieben Kandidaten auf.

In seinem Vortrage über die allgemeine politische Lage sprach Sal. Gumbach die bestimmte Zuversicht aus, daß die Aussichten für die Sozialdemokraten speziell im Oberelsaß sehr günstig seien, dank der zahlreichen und verhängnisvollen Angriffe der französischen Verwaltung in Elsaß-Lothringen, das rigorose Vorgehen der Militär- und Zivilbehörden gegen die arbeitende Bevölkerung und die Bauernschaft. Man stehe zwar bei den kommenden Kommunalwahlen vor einer einseitigen bürgerlichen Front und das neue französische Wahlgeseß, das vom eigentlichen Poporz nichts enthalte, sei gegen die Sozialisten gerichtet, aber zwei Fünftel der Mandate dürften in Elsaß-Lothringen zweifellos den Sozialisten zufallen.

Badische Politik.

Nationalliberale Wünsche.

gr. Der 9. November war der alldeutschen Reaktion gehörig in die Glieder gefahren. Lautlos zogen sie ihre Flaggen ein, lachten hinter sicheren Mauern Zufußt oder verbargen ihren Vankrott unter neu aufgemachter Firma. Nun, da die Luft etwas sicherer wird, tauchen die Verbrecher am deutschen Volke wieder auf, von Tirpit-Lubendorff-Gelfferich bis zu den kleinen Winkelblättern junferlich-fonferbativen oder alldeutschnationalliberalen Couleurs. Selbstverständlich darf in dieser Walburgisnacht der alldeutschen Mörder des deutschen Volkes nicht derjenige Teil der badischen Presse fehlen, die vor und während des Krieges sein reichlich Teil dazu beitrug, daß Deutschland in die traurige Lage kam, in der es sich befindet. Es nimmt uns deshalb nicht wunder, daß unter Aufsicht der Karlsruhe „Badischen Landeszeitung“ der schwerindustriell geladene „Mannheimer Generalanzeiger“, der vor dem Krieg sich in alldeutschen Sturmrußwörungen überbot und während des Krieges — in sicheren Redaktionsbesseln — täglich die Niederlage der Entente feierte, so daß er die halbe Welt den deutschen Kapitalisten als Beute ferverbieren konnte, Abwehr von der bisherigen Politik der demokratischen Partei predigt. Das Mannheimer

würde er liegen bleiben, bis die gefährlichste Reit vorüber war und bis das Fleisch billiger wurde nach dem Hof.

19. Offern war vorüber, Telegraf war aber nicht zum Hof zu den Seiten zurückgekehrt, wie er fest beabsichtigt hatte. Er karte Selene, es sei ihm nicht möglich, sich schon so bald loszumachen, nor man doch in Berlin ungeheuer entgegenkommend gegen ihn. Er bot seine Frau, es ihm nicht zu verzeihen, daß er das Hof nicht mit ihr und den Kindern verließ; sein Herz hing daran — aber durfte er keinen Geßil, einem Wunsch, der rein privater Natur war, so viel nachgeben? Nein, das durfte er nicht! Er mußte fern bleiben in Tagen, an denen er seinen Knochen sonst immer lieber die Mauer verstaßt hatte im ersten ricktreibenden Kuchsdamm der Gafentrobaten. Er mußte ein Diner befehlen, das einer der Gauptführer der halsatistischen Bewegung, Großgrundbesitzer und Karlanerartier, am ersten Osterfeiertag gab.

„Das ist zu wichtig für mich“, krieht er.

„Geliebte Frau, verweise Du unsern Kindern die Ostereten — morgen wird das Rißchen ankommen, ich karte die Köntien, die ich in Berlin bekommen konnte — und denk, Du dabei an mich!“

Sage auch den Knochen, daß sie an mich denken. Eines Vater mußte noch in Berlin bleiben, karte ihnen, aber ist doch bei euch im Geisse um euch. Für euch bedacht, daß einmal ein Offern komme, wie der Nya Gora noch seines gekhaut hat. Das werden sie natürlich nicht verheßen — können es ja auch noch nicht verheßen — wenn ich zwar glaube, daß unsern Lame-Martin doch eine Planung davon überkommen wird, was es heißt: vom Nya Gora auf deutsches Land künden, auf lauter ganz deutsches Land, wenn Du, gute Mutter, ihm das in Deiner Weie erklärst.

Geliebte Frau, ich karte in einer gehobenen Stimmung, die Worte fließen mir nur so zu. Gestern Abend trof ich mit mehreren famosen Reuten beim Kanbarickhoffenminister zusammen; natürlich war's keine Gesellschaft, nor eine aranglose Leetunde. Es tut doch wohl, untern Gesinnungsgenossen zu sein, es erwidert an Leib und Seele. Heute morgen beim Maffieren sah ich mich im Spiegel, ich war erkümt: Du darfst es glauben, mir ist, als wäre ich um zehn Jahre jünger geworden.“ (Fortsetzung folgt)

Blatt, das gleich vielen seiner Schwestern, niemals demokratisch war, meint:

„Mein Haupt habe man an Demokratie und Sozialismus gegenwärtig genug und übergenug; die Zeit sei damit so übersättigt, daß viele Leute schon glauben, vor erlebten den Ablauf und das Ende des demokratisch-parlamentarischen Zeitalters. Die Einseitigkeit der demokratisch-sozialistischen Entwicklung habe die Staatsautorität aufgehoben, die Regierungsgewalt ohnmächtig gemacht und unser Wirtschaftsleben vollends an den Rand des Verderbens getrieben.“

Als Ausweg wird der Zusammenschluß der deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei verlangt, wobei gewünscht wird, „daß der nationale Gedanke, also der der innig verbundenen Volksgemeinschaft, auch nach außen wieder voranleuchte, der in der materialistisch-wirtschaftlichen Betrachtungsweise der Demokratie fast untergegangen zu sein schien.“

Man darf gespannt sein, wie sich die weiteren Kreise der bürgerlichen Demokratie zu diesem alldeutschen Streifen stellen. Für die ehemaligen Nationalliberalen betont das Karlsruher „Organ des nationalen und freiheitlich gesinnten Bürgerertums“, das während des Krieges durch eifrige Unterstützung der Vaterlandspartei mannhaft seine „patriotische“ Pflicht erfüllte, daß es „den Ausführungen im Mannheimer „Generalanzeiger“ in vielen Punkten durchaus zustimmen“ kann, denn

„den Kreisen, die den rechten Flügel innerhalb der demokratischen Partei bilden, kann es nur erwünscht sein, wenn die Persönlichkeiten, die früher mit ihnen in der Nationalliberalen Partei vereinigt waren, durch kraftvolle Zusammenarbeit mit dem rechten Flügel innerhalb der demokratischen Partei ihm den Einfluß sichern helfen, der ihm aus mehr als einem Grunde gebührt.“

Ob auf dem linken Flügel der demokratischen Partei gleiche Begeisterung über das Projekt herrscht, darf man mit ziemlicher Sicherheit bezweifeln. Eher dürfte dagegen anzunehmen sein, daß der linke Flügel und die breiten Massen der bürgerlichen Demokratie gleich uns es für eine Reinigung der politischen Atmosphäre halten werden, wenn die alten Nationalliberalen durch ihren Abmarsch zur unerschütterlichen Reaktion den ethischen bürgerlichen Demokraten Gelegenheit geben würden, volle demokratische und soziale Politik, frei von nationalitätschauvinistischem Einschlag, zu machen. Denn wie die Dinge heute liegen, wird die Politik der bürgerlichen Demokratie vielfach bestimmt — sicher die Steuerordnungen, das Betriebsratsgesetz usw. — durch alldeutsche-großindustrielle Kreise, denen sich leider nur zu oft, alte bürgerliche Demokraten unterordnen müssen.

Die Verfassungskommission

Das badische Landtag hat am gestrigen Vormittag Ihre Beratungen wieder aufgenommen. Zunächst machte Finanzminister Dr. Wirtz die Mitteilung, daß er von der Reichsregierung zum Präsidenten des badischen Finanzamtes ernannt worden sei. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte. Alle Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß eine Personalunion zwischen dem badischen Finanzministerium und dem Landesfinanzamt notwendig sei. Ausstehende Differenzen zwischen diesen beiden Instanzen würden auf diese Weise am leichtesten behoben. Wirtz soll aber von Waden begünstigt werden, nicht vom Reich. Der von diesem für den Posten ausgeworfene Betrag von 14.000—17.000 Mark fließe in die badische Staatskasse.

Der eigentliche Gegenstand der Beratung, das badische Siedlungs-gesetz, konnte nicht erledigt werden, da das zwischen dem Reich und uns am 11. August d. J. erlassene Siedlungsgesetz in seinem § 27 bestimmt, daß landwirtschaftlich genutzter Grundbesitz im Eigentum von Personen, deren Gesamt-Eigentum 100 Hektar nicht erreicht, zur Siedlungsweiden nicht entzweigt werden darf. Die badische Vorlage sieht im Widerspruch zu diesem Gesetz. Sie erstreckt sich auf Grundbesitz über 50 Hektar und mehr. Das Arbeitsministerium ließ deshalb die Vorlage zurückgehen. Die Kommission fordert von der Regierung

noch Erhebungen, in welchem Umfange siedlungsfähiges Land in Baden noch zur Verfügung steht. Dann soll ein neues Gesetz eingebracht werden.

Der Präsident des Landtags teilt dann noch mit, daß mit dem 15. Oktober die Landtagsperiode ihr Ende erreicht habe, am nächsten Dienstag habe die Neuwahl des Präsidiums und sämtlicher Kommissionen zu erfolgen. Die Verfassungskommission wählte dann noch eine Unterkommission, die ein neues Diätargesetz ausarbeiten soll.

Zur einmaligen Teuerungsbekämpfung

Der staatsliche Beamten und Arbeiter nahm gestern die Budgetkommission des Landtags insofern Stellung, als sie nach längerer Aussprache die Angelegenheit abermals den Fraktionen zur endgültigen Erledigung zuwieß. Da am nächsten Dienstag die Neuwahl sämtlicher Kommissionen erfolgen muß, konnte sich gestern die Budgetkommission nicht mehr für zuständig erklären. Die Zentrumsfraktion behielt sich ihre Stellungnahme vor, die sozialdemokratische erklärte sich zur Regelung der Frage auf der Grundlage der vorliegenden Eingaben der Beamten und Eisenbahner bereit und die demokratische Fraktion hatte in einer Rundkritik an den Finanzminister erklärt, sie sei nicht in der Lage, die Staatsregierung um die Einbringung einer Vorlage zu ersuchen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse Badens die Gewährung weiterer Teuerungsbekämpfungen (Beschäftigungsbekämpfungen) unmöglich machen; aber auch sie behielt sich ihre endgültige Stellungnahme vor. Darauf erfolgte mit 10 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 6 sozialdemokratische der eingangs erwähnte Beschluß.

Der Finanzminister Dr. Wirtz hatte den Kommissionsmitgliedern eine gedruckte Darstellung der von der badischen Regierung in den Jahren 1918 und 1919 getroffenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen und menschlichen Besserstellung der Beamten und Arbeiter überreichen lassen. Er gab eine Übersicht über die Finanzlage Badens, die demnach wohl düster ausfällt. Die zur Zeit vorliegenden Forderungen würden insgesamt 146 Millionen Mark betragen. Unsere Eisenbahnschuld wachse täglich um eine Million Mark. Er kam auch auf die bekannte Notiz in der „Bad. Landeszeitung“: „Der unersättliche Finanzminister“ zu sprechen und bestritt durchaus die Richtigkeit des inhaltlichen Inhalts. Er sei nicht ungeschicklich und warte auch jetzt die entweichenden Beschüsse der Fraktionen und der Regierung ab. — Ein Mitglied der demokratischen Fraktion kritisierte die „Landeszeitung“ ab; wobei ein Fraktionsmitglied, noch ein d. h. der Minister habe mit ihrer diesbezüglichen Notiz etwas zu tun. — Das Schicksal der Teuerungsbekämpfungen der Staatsangehörigen entscheidet sich also erst in den nächsten nächsten Woche stattfindenden Sitzungen der einzelnen Fraktionen.

Zum Eintritt in d. Volkswirtschaft

rufft ein Aufruf des badischen Staatsministeriums. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß auf Grund der Bedingungen des Friedensvertrags einige Monate nach seiner Ratifizierung in dem größten Teil des badischen Landes Reichswirtschaftstruppen nicht mehr gehalten werden können. Infolgedessen sind zur Sicherung von Ruhe und Ordnung nur noch die Polizeikräfte vorhanden, welche durch genügend ausgebildete Einwohnerwehren unterstützt werden sollen. Es werden deshalb ohne Rücksicht auf Rang und Stand die Arbeiter und Beamten, die Gewerbetreibenden und Landwirte zum Beitritt in die Einwohnerwehren aufgefordert, sofern sie sich auf den Boden der verfassungsmäßigen Ordnung stellen und bereit sind, die Volksgewalt zu unterstützen. Der Aufruf betont, daß je stärker die Einwohnerwehren werden, desto eher die Ordnung aufrecht erhalten bleibt. Nachdem darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß die Regierung für eine angemessene Versorgung aller Beteiligten, einsteht, die im Dienste der Einwohnerwehren Schäden erleiden, schließt der Aufruf wie folgt: Alle Einwohnerwehren unterstehen der Regierung; über die Berufung der Führer behält sich das Einwirkungsrecht vor. Die Einwohnerwehren dienen nur dem Schutz des Volkes, sie werden nicht, wie das in ihrer Absicht immer wieder behauptet wird, irgend welchen reaktionären Bestrebungen dienlich sein. Vom Vertrauen des Volkes getragen, stehen die Einwohnerwehren zum Schutze des Volkes bereit. Sie verhalten sich in politischer Beziehung durchaus neutral und überlassen die Entscheidung, in welcher Weise die Re-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater.

Zum ersten Mal: „Das“, Schauspiel in 5 Akten v. G. v. Kaiser. Warum verlangt der Ruf „Zurück zur Natur“ so oft ungehört? Es gibt in der Entwicklung des Völkerebens, im Fortschritt der Zivilisation, kein freiwilliges Zurück mehr. Eine überwundene Stufe kann nicht mehr betreten werden, alle Kultur geht nach ihrem Höhepunkt, wird überflüssig, fällt ab und geht unter. Die Bahn der Weltgeschichte geht über Krümmen abgestorbener Kulturen. Das ist Naturgesetz. Den Kammer unserer Zeit, das soziale Elend, will Georg Kaiser führen durch Belebung der Sünden, daß sie es ja viel besser haben könnten durch Abkehr von Materiellem und Rückzug auf Einfach-Begehren. Die Menschlichkeit reinen Menschentums blühe erst aus dem Verzicht. — So ungefähr jagt der Herr Pfarrer auch. Es ist die alte bürgerliche Moralpaule der Sonntagsblätter und der kapitalistischen Philanthropen: Sei ideal, sei genügsam, dann bist du glücklich. Mag sein, daß dieses Drama der kapitalistischen Bürgerpflicht aus dem Herzen spricht. Ein ungeheurer Beitrag liegt in dieser Darstellung, die die ganze Schwärze der gedanklichen Basis des Dramas vertritt. Subjektiv meinen es die Dichter des Symbolismus und ihre Nachfolger gewiß nicht, wie denn auch ihr ideales Streben nicht zu verkennen ist, aber es muß Mistrauen erwecken, daß ihre Richtung im bewußten Gegensatz zum Naturalismus entstand und in seinem Ursprung antisozial, individualistisch und egoistisch ist. Im Schatten des Idealismus können die äußerlichen Mängel groß werden, und die Unzufriedenheit ist oft der Anstoß zu gewaltigen sittlichen und kulturellen Fortschritten geworden. Für den, der sehen will, befähigt sich tausendfach im Leben der Väter wie des Einzelnen die Möglichkeit der Auffassung von Karl Marx, daß der Mensch das Produkt seiner Verhältnisse ist, und daß seine geistige Evolution nahezu von allein eintritt und dem Augenblick an, wo seine materielle Lage ihm genügend Ruhe läßt zur Reflektion auf sein Menschentum. Wer zuerst die Seele der Menschen heilen will, ohne ihre wirtschaftliche Lage zu heben, zähmt das Pferd am Schwanz auf. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Viele gutgemeinte Versuche edler Menschenfreunde aus bester Absicht zur Hebung der notleidenden Menschheit mißlingen schließlich, weil das Uebelwerk von Arbeit ihrer Schicksals alle höheren Neigungen erstirbt, weil die Sorge ums Auskommen alle Kraft aufzehrt.

Was soll uns Shakespeare, Kant und Luther. Dem Elend dünkt ein Stübchen Rutter Erdbäner als der ganze Kauf!

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Am 14. Oktober. Und in seiner Vorrede zu Schillers Werken sagt A. Kautsky: „Der Mensch muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll.“ Noch ein ganz unbedeutender Zeuge! Der Kaiserliche Detonationsrat Toussaint aus Karlsruhe schrieb in seiner feinen Schrift über den Großgrundbesitz folgendes: „Die ständige Hebung eines Menschen ist sehr wesentlich von der materiellen Sicherstellung seiner Existenz abhängig“; und weiter: „Man situiere und behandle die Arbeiter so, wie es dem humanen Geiste unseres Jahrhunderts entspricht, und Hunderttausende von Familien werden dem Staat als wirtschaftliche, geistige und moralische gute Menschen getretet und erhalten werden.“

Rein, die volkswirtschaftliche Unterlage des Dramas ist von kläglicher Trübseligkeit; entweder entgehen die wahren Verhältnisse dem Charakter Kaiser oder er hat sie nicht berücksichtigt — das hat er als expressionistischer Dichter auch nicht nötig — und darum kommt er auf eine so fade, abgedroschene und unumgänglich löbliche Lösung des sozialen Problems, für das Arbeiterproletariat dauerliche Kleinrenten und ein paar hinterwäldchen Kulturfeindschaft unserer sonst modernen Landmanns Hansjahn. Wer übrigens das Leben des Kleinbauern aus Erfahrung kennt, wird dem gelehrten industriellen Facharbeiter schwerlich zu solchem Kauf raten. Stille Kaiser's Gedanke eine wirkliche Lösung dar, dann hätten die Arbeiter ihn sich längst zunutze gemacht. Aber Kaiser, wie schon gesagt, im Gedanklichen schwach, überhört, daß Deutschland als Agrarstaat die Masse von 65 Millionen nicht aufnehmen kann. Es gibt für das Industrieproletariat, das eine naturnotwendige Erziehung der fabrikmäßigen Warenproduktion ist, keine Möglichkeit der Rückkehr zur Scholle.

Anders ist es nicht einmal ganz sicher, daß Kaiser sich mit dem idealen Milliardärsdünkel des Stückes identifiziert und daß er seine Siedlungsweiden überhaupt wirklich und nicht etwa symbolisch gefaßt wissen will, wie denn überhaupt so manches in diesem Stück verabschiedene Deutung zuläßt. Das wunderbare Was selbst, der seine Stoff, den das Werk erzeugt, um damit die ganze Industrie der Welt zu speisen, kann verabschieden gedacht werden. Die offizielle Erklärung, die das Landes-theater dem Publikum mit dem Theaterzettel einhändigen ließ — eine lobliche und hier nicht überflüssige Neuerung — denkt sich das „Was“ als die Idee der sozialistischen Organisation. Andere deuten es als die geistigste Arbeitsleistung des Industriebelegschafts, also ungefähr eine Art bis in die letzte Konsequenz durchgeführtes Lohnlosgeld. Ich möchte der letzteren Auffassung beitreten, aber es verbleibt sich, daß ein Stück an Wirkung einbüßen muß, wenn im Publikum nicht volle Klarheit herrscht über das, was es unter

dem symbolischen Titel verstehen soll. Damit wären wir bei der Sildfrage. Wir haben hier ein sogenanntes expressionistisches Drama vor uns, und das Karlsruher Publikum war wohl von manchem Neuartigen etwas befreundet. Das ist Absicht bei den Dichtern dieser Richtung, und man wird sich mit den Eigenheiten dieser Herren vertraut machen müssen, vorausgesetzt, daß nicht bald eine andere literarische Mode, die ja gegenwärtig recht kurzlebig sind, den Expressionismus von der Bühne, wo er seinem eigentlichen Wesen nach nicht hingehört, verdrängt. Der Expressionismus liefert die grössten Beschreibungen und Liebestreibungen, das Wachsen und Wiederwachsen, das Bergewaltigen der Wirklichkeit. Kaiser ist darin noch nicht auf der höchsten Höhe. Er materialisiert zwar Halluzinationen, er zeigt uns in persona das „weisse Geauen“ eines Schreibers, er läßt gespensthaft schwarze Männer anschieß aufeinanderstehenden Wänden treten, er bringt eine richtige Gasexplosion auf die Bühne. Krampf und Frage ist Stilprinzip bei manchen Expressionisten, die nur sich selbst für geschick, das Publikum aber für so verblödet halten, daß man mit den härtesten Mitteln wirken muß. Das ist keine Verleumdung. Man lese im letzten Heft der „Neuen Scenabühne“. Dort läßt sich ein Herr Jwan Goll über die Grundzüge der neuesten Dramatik also aus: „Zunächst wird alle äußere Form zu zertrümmert sein. Der Mensch und die Dinge werden möglichst nackt gezeigt werden und zur besseren Wirkung immer durch das Bergewaltigen der Wirklichkeit. Der Mensch soll wieder frei lernen, dazu ist die Bühne da. Die Wahrheit ist nicht in der Vernunft enthalten, der Dichter findet sie nicht der Philosoph. Die Kunst, sofern sie existiert, bessert oder sonst wirken will, muß den Alltagsmenschen erschlagen, ihn erschrecken. Die Monotonie und Dummheit des Menschen sind so enorm, daß man ihnen nur mit Enormitäten beizukommen kann. Das neue Drama sei enorm und auch abnorm. Es wird darum alle technischen Mittel zu Hilfe ziehen, die heute die Wirkung der Maske auslösen. Da ist z. B. das Grammophon, das elektrische Plakat oder das Sprachrohr. Die Darsteller müssen undimensionierte Geister tragen: ein großes Ohr, weiße Augen, Stelzbein. Die Situation möge kopfsteinhoch und oft möge, damit sie eindringlicher sei, ein Ausdruck mit dem Gegenstande ausgedrückt werden. Wir nähern uns dem Liebestrauma.“

Gefährdung der Milchversorgung der Kinder und Kranken.

Zu einem amtlichen Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ wird festgestellt, daß seit Sommer 1918 ein drastischer Rückgang in der Milchversorgung eingetreten ist, daß dadurch die Milchversorgung der Kinder und Kranken ernstlich gefährdet ist. Die Vollmilchlieferung ist von 131.027 Liter im Monat August 1918 auf 85.607 Liter jetzt zurückgegangen. Als einer der Hauptgründe für die Entwaldung wird der Widerstand weiter Teile der ländlichen Bevölkerung gegen die Frangewirtschaft bezeichnet. Sehr schwer wirkt auch die Schließung der Milchlieferung eines Teils der Bevölkerung bei der Milchsalinität mit.

Der amtliche Artikel teilt des weiteren mit, daß die Regierung bereits mit großem Nachdruck vorgegangen ist, um eine Verbesserung der Milchversorgung zu erreichen. Die Aufklärungsarbeit hat in großem Umfang eingesetzt, um die Landwirte zu einer reteren Milchablieferung zu veranlassen und ferner wurde zur Besserung Bekämpfung des Schleißhandels die Gendarmerie verwehrt. In besonders schwer gelagerten Fällen ist sogar Militär verwendet worden. Auch die Gerichtsbehörden sind über den Ernst der Lage unterrichtet worden; sie wie alle übrigen Behörden wurden darauf aufmerksam gemacht, daß mit den allerhöchsten Mitteln vorzugehen ist und daß es irgend welche Rücksicht nicht geben kann.

Zur Sicherung der Milchablieferung hat das Ministerium den kommunalverwaltungen nahegelegt, die ihnen zur Verfügung stehenden Futtermittel nur an die auf liegenden Gemeinden und in diesen nur an die gut liegenden Rinderkälber abzugeben. Des weiteren ist der Landesfischstelle ein Beirat aus Vertretern der Städte, der Erzeuger und einem Vertreter des Milchhandels gegeben worden, auch der Molkereiverband wurde auf eine breitere Grundlage gestellt; ihm gehören jetzt auch die landwirtschaftlichen Organisationen an und dieser „Landesmilchschutz“ soll insbesondere auch bei denjenigen Maßnahmen mitwirken, die auf dem Gebiet der Milchversorgung für die Heberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft in Betracht kommen.

Die Technische Hochschule und das gewerbliche Bildungswesen.

Die Technische Hochschule in Karlsruhe hat dem Oberreg.-Rat R. D. Hartmann in Stuttgart die Ehrenwürde eines Doktor-Ingenieurs verliehen. Da sich derselbe um die Ausgestaltung des gewerblichen Schulwesens große Verdienste erworben und auf kunstgewerblichem Gebiete große Erfolge aufzuweisen hat. Oberreg.-Rat Hartmann war lediglicher Gewerbelehrer, erhielt als solcher den Auftrag der Reorganisation des württembergischen Gewerbeschulwesens und wurde fürstlich als Professor der Gewerbeschulwissenschaft an die Technische Hochschule in Stuttgart abberufen, dem Württemberg wird künftig seinen Gewerbelehrern eine wissenschaftliche Ausbildung geben und hat damit Baden die bisherige führende Stellung im gewerblichen Schulwesen abgenommen. Die organisierten berufstätigen Gewerbelehrer, die am besten wissen müssen, was zur Hebung der Bildung des werktätigen Volkes erforderlich ist, haben schon seit Jahren diese von Württemberg nun durchgeführte Forderung erhoben. Diefelbe wurde aber von den Regierungsstellen geradezu mit Verachtung behandelt. Man fürchtete eben — wohl mit Recht —, daß durch herbeizuziehende wissenschaftliche Lehrkräfte an den Gewerbeschulen das geistige Emporstreben des werktätigen Volkes gefördert würde. Das dachte doch dem allen kapitalistischen Herrschaftsfeindes. Man kann wirklich gespannt sein, wie sich unsere letzte Volksregierung, insbesondere der demokratische Unterrichtsminister zu diesen Forderungen stellt! —

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 16. Okt. Eröffnung der Sitzung um 120 Uhr nachmittags. Den mündlichen Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses

über die Unterassessoren, den Arbeitsplan usw. erstattet Abg. Dr. Peterien (Dem.). Vom Untersuchungsausschuss wird u. a. beantragt, daß sämtliche von dem Untersuchungsausschuss zu vernehmenden Beamten von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit entbunden werden. — Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. — Es folgt die Interpellation Anshadt

Über gesetzliche Einführung der Zensur für Lichtspiele, gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schauspielen und Vorführungen.

Abg. Mumm (D.N.): Die Gefahren für unser Volk, die aus der Schundliteratur und den ungenutzten Lichtspielen drohen, sind so groß, daß unter Hintanhaltung aller Parteigenossen sich eine Partei der anständigen Leute bilden sollte, die dagegen vorgeht, zumal von der Regierung nichts geschieht. Der durchgängliche Spielplan der Lichtspieltheater in Berlin und in der Provinz ist Volksverwüstung schlimmster Art. Das beste Mittel dagegen wäre die Konfessionierung. Ich persönlich würde eine Sozialisierung für erwägenswert halten. Wäre das Kino nicht eine Einnahmequelle für die Kommunalsteuern? Sexuelle Mißgriffe nehmen die Revolution zum Vorwande, um schamlos sich auszuteben.

Minister Dr. Koch: Alle gesunden Kräfte unseres Volkes müssen zusammenstehen, um gegen den Schmutz vorzugehen. Ich lasse eine Novelle ausarbeiten über die Zensur für Kinos, Theater, die Jüden halb zugehen wird. Durch die Gesetzgebung werden den Gemeinden Mittel an die Hand gegeben, das Kino in den Dienst der Volksbildung zu stellen und seine Auswüchse zu unterdrücken. Schwierig ist die Frage der Schundliteratur. Die Polizei hat scheinbar ihre Mittel ausgeschöpft. Bevor ich aber hier an ein Gesetz herangehe, will ich umfangreiche Besprechungen mit Sachverständigen abhalten. Die Vollmacht zur Bekämpfung soll nicht nur auf dem Papier stehen. Die Bekämpfung der Interpellation wird verbunden mit der Beratung des Haushalts des Reichsministers des Innern.

Abg. Gsch (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Minister Dr. Koch: Ich will mein Amt sachlich und ohne Voreingenommenheit führen. Die öffentliche Ordnung im Reiche muß wieder hergestellt werden. Durch eine Reihe von Gesetzen müssen die Zustände den jetzigen Anforderungen angepaßt werden. Auf die Dauer genügt das Volk nur dem Manne, der ihm die Ordnung bringt. Wer ihm die Freiheit bringen will, muß die Ordnung bringen. Unser Volk ist feilsch noch nicht gebildet. Darum soll man ihm noch nicht neue Verfassungskämpfe bringen. Mit dem Reichswehrminister bin ich der Überzeugung, daß es an der Zeit ist, die Überwachung der öffentlichen Ordnung allmählich aus den Händen der Militärs in die der bürgerlichen Polizei überzuführen. Zuerst soll eine Wasserpolizei geschaffen werden, sodann eine Kriminalpolizei, die über die Grenzen des Freistaates hinausreicht. Die Aufgabe der Demokratie ist es ferner, die Reichseinheit zu fördern. Der Weg zum Einheitsstaat ist frei. Diese Entwicklung kann ruhig und ohne Verletzung der Rechte der Länder vor sich gehen. Aber das Reich muß verlangen, daß jede wichtige Frage als Frage des Reiches behandelt wird. Die Ausführung muß immer bei den Ländern und Kommunen liegen. Unter Berücksichtigung der Rechte der Beamten und unter Einführung ihrer Mitwirkung muß eine Vereinheitlichung der Verhältnisse der Beamten angestrebt werden. Alle Beamten, auch die höheren, müssen auskömmliche Gehälter erhalten. Den kulturellen Aufgaben werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Auch dem kulturellen Zusammenhange mit den Auslandsdeutschen. Die Vorarbeiten zur Schulgesetzgebung sind im Gange; für das Frühjahr ist eine große Schulkonferenz in Aussicht genommen. Die Bestimmungen der Verfassung bezüglich der Schulfragen werden rücksichtlich durchgesetzt werden. Chauvinismus soll aus den Schulen verbannt sein, aber nicht nationalstiftendes Gefühl. Die Jugend-

solche Theorien hört und angewendet findet? Ueber das rein Dichterische des Werkes zu sprechen ist unmöglich, wo das Stoffliche so sehr zum Widerspruch reizt. Wer mit ein Florett in den Leib rammt, darf nicht erwarten, daß ich der Grazie, mit der er seinen Stoß führt, Bewunderung gollte. Von der Darstellung wäre zu sagen, daß Herr Kienjers als Spielleiter die neuartige und schwierige Aufgabe mit Verständnis löste. Von den Szenenbildern waren besonders eindrucksvoll das des ersten Aktes, das mit seinen Zahlenabellen das Nüchterne und Gemüthliche des Büros in erschreckender Schärfe widergab, sowie das des vierten Aktes mit dem grellen Oberlicht, das die Köpfe der Redner scharf aus dem düstern Hintergrund hervorhob. In den Expressionistenstil hat sich zweifellos Herr Gsch am besten hingefunden. Mit seinem Grimassieren und dem edigen Spiel hatte er Augenblicke, wo er ausfah, als wäre er direkt einem Karton der Gruppe „NS“ herausgefallen. Robert Birner mit seiner stählernen Energie und der Eiesfalle seines Verbandesmenschen gab ihm nicht viel nach. Von ergreifender Eindringlichkeit waren die Arbeiterinnenepen der Damen Müller, Koorman und Frauendorfer. Herr Baumhach ließ der Apollfigur, des Milliardenreiches symbolische Jüge abgellarter Weisheit und die Wärme des gütigen Menschenfreundes; zu erschütternder Wirkung brachte er besonders die letzten Szenen. Das Stück fand trotz vollstetigen Gauses nur eine kühlte Aufnahme.

Sonder-Sinfonie-Konzert des Landes-Theater-Orchesters. Donnerstag, den 22. Oktober, veranstaltet das Orchester im Landes-Theater einen Sinfonie-Konzert, zu dem Herr Fritz Wulz, der derzeitige 1. Kapellmeister am Württembergischen Landes-Theater als Gastdirigent gewonnen wurde. Herr Wulz, der als Nachfolger von Generalmusikdirektor von Seyllings nach Stuttgart berufen wurde, erfreut sich daselbst und auswärts eines ausgezeichneten Rufes als Oper- und Konzertleiter. In Berlin, München, Dresden, Gamburg und in den rheinischen Kunststädten, sowie am Orte seiner Wirklichkeit erzielte er glänzende Erfolge als Konzertdirigent, indem auch hier sein erstmaliges Erscheinen im Konzertsaal gewiß mit großem Interesse begrüßt werden wird. Der Vortrag dieses Konzertes ist zum Besten der Unterstützungskasse für in Ruhestand befindliche Mitglieder des Orchesters und deren Hinterbliebenen. — Den Grundstock zu dieser Kasse bildete eine Spende des Komponisten Professor Friedrich Kluge, die er dem Orchester anlässlich seines 50. Geburtstages machte. Einige heimische Musikfreunde und Gönner des Orchesters unterstützten diesen Fonds durch weitere gütige Spenden. Bei dem zu erwartenden künstlerischen Genuß darf auf einen regen Besuch gehofft werden.

Erfolg einer Karlsruher Künstlerin. Fräulein Elise Weiß von Karlsruhe, Schülerin des Herrn Kammerjägers Wulzard, hat bei ihrem Auftreten in Würzburg am 8. d. M. als Michaela in Carmen einen vollen Erfolg errungen. Die „Würzb. Ztg.“ schreibt: Mit vollem Rechte durfte sich auch Fräulein Elise Weiß in die Reihe des Wunders teilen, ist sie doch eine echte Michaela-Natur, schlicht und einfach. Ihre Stimme ist silberhell, das ganze Regieren bis zum hohen H spricht tadellos an. Die „W. Z.“ schreibt: Entzückend sang Elise Weiß die Michaela, ihre unverwundlich prächtige Stimme ist ein Meind für die Oper.

wohlfahrt soll gefördert werden, zumal in den Großstädten, besonders durch die Fortbildungsschule. Das Kommunalisierungsgesetz ist in Arbeit. Fast ein Drittel der aus Eisaß-Lothringen ausgewiesenen Beamten konnte untergebracht werden. Dazu kommt die Sorge für die Landleute in den besetzten Gebieten. Den besetzten Gebieten müssen Lebensmittel zugeführt werden. Ein Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch wird vorbereitet. Ein Auswanderungsgesetz soll unsere Auswanderer draußen richtig leiten und vor Ausbeutung schützen. Ich gebe an mein Amt ohne übertriebenen Optimismus heran; in diesem Winter wird sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden. Auf Jahre hinaus ist bei uns keine Regierung ohne Arbeiter möglich, aber auch keine Regierung nur aus Arbeitern. Wir Demokraten wollen versuchen, dem deutschen Volke zu helfen, und ich bitte dabei um die Unterstützung des Hauses. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Das Reichsministerium des Innern muß sich für die Wissenschaft einsehen. Schulen und Universitäten müssen auf das Reich übernommen werden. Man muß endlich über die bloßen Konferenzen hinwegkommen. Das Germanische Museum, die Deutsche Bibliothek in Leipzig und andere großartige Institute müssen vom Reich gekauft werden. Das Kommunalisierungsgesetz muß schleunigst kommen. Wir sind bereit, die neuen Männer im Ministerium in ihrer Arbeitsfreudigkeit zu unterstützen.

Abg. Marie Jetter (Ztr.) tritt für vermehrte Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendpflege ein.

Abg. Kuchle (D.): Was die Staatsfilmzensur kommt, muß die Filmindustrie selbst Zensur üben. Da aber das Kino nun einmal vielen Tausenden alles ist, so sollte es benutzt werden, um zu belehren, im besten Sinne aufzuklären und zu bessern. In der Jugendwohlfahrtspflege muß eine gewisse Einheitlichkeit im Reiche gewahrt werden. Die Jugend muß auch mit der Wirtschaftspolitik und der Außenpolitik bekannt gemacht werden, besonders in Fortbildungsschulen. Das wird die Jugend ablenken von den faden und schablonen Veramigungen.

Abg. Dr. Delbrück (D.N.): Die Notwendigkeit der Teilung des Reichsamts des Innern war längst da. Aber jetzt ist die Teilung vielleicht etwas richtig, es könnte kommen, daß verwandte Materien wieder zusammengelegt werden müssen. Der amte Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ist überfällig. Die Frage der Kriegsschadigungen und Liquidationsschäden muß beschleunigt werden. In den Ausschüssen müssen Sachleute gehört werden. Vorschläge sind in ausreichendem Maße zu gewahren.

Minister Dr. Koch: Ich gebe zu, daß die Jugendpflege nicht zu viel zentralisiert werden darf. In den meisten Städten ist der Neubau von Kinos schon jetzt verboten, und es ist verboten, zu solchen Zwecken Baumaterial zu geben. Das Mögliche soll geschehen, um die Verbote durchzuführen.

Abg. Beuermann (D.N.): Die große Beamtenreform für das ganze Reich muß unter Hinzuziehen der Beamten durchgeführt werden. Die Reichsreform begreife ich, doch solle man die Hochschulen nicht in bürokratische Fesseln legen. Hier darf das Reich nur mit Geld helfen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. Außerdem: Anfragen und Reichsarbeitsministerium. Schluß 6 Uhr.

Aus den Ausschüssen.

W.N. Berlin, 16. Okt. Im Umfassendenausschuss der Nationalversammlung wurde die Injunktsteuer mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung stellte Reichsfinanzminister Dr. Maher mit, daß voraussichtlich in der Mitte der nächsten Woche neue Überwachungsstellen in Berlin eintriften würden, für deren Unterbringung vier große Hotels und die Militärakademie in Aussicht genommen wurden. Ingesamt würden schätzungsweise die Kosten der Unterhaltung der gesamten Wehrungsarmee der Militären 2 1/2-3 Milliarden Mark betragen. Diese Mitteilung des Reichsfinanzministers rief im Ausschuss allgemeine Entrüstung hervor. Der Minister bemerkte, daß dieses Vorgehen eine bedauerliche Aufspaltung deutschen Kapitals darstelle. Der Berichterstatter Abg. Stüdem erklärte, die Ansprüche der Entente gingen weit über das Maß der Willigkeit hinaus. Solche Bedingungen müßten den Ruin Deutschlands zur Folge haben. Im Anschluß wies Abg. Kall (Dem.) auf das anmaßende Verhalten der Soldaten und Offiziere der Alliierten im besetzten Gebiete hin, die für deutsche Rechnung eine ungeheure Verschwendung trieben.

Am nächsten Dienstag und Mittwoch werden die ersten öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung stattfinden. Zuerst will man sich mit den verschiedenen Friedensvermittlungen vom Jahre 1917 beschäftigen. Als Zeuge in dieser Angelegenheit wird der ehemalige deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff benommen werden.

Metallarbeiter-Generalversammlung.

Stuttgart, 15. Okt. In der heutigen Sitzung der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes verbreitete sich Reichsarbeitsminister Schilde eingehend über den Berliner Streik. Er führte u. a. aus:

Auf den Vorwurf, ich hätte nicht alles getan, das Verbot der 30 Berliner Versammlungen aufzuheben, und trüge darum die Verantwortung dafür, daß Arbeiterblut geflossen sei, erwiderte ich, daß ich alles getan habe, um die Aufhebung des Versammlungsverbotes zu erreichen. Gegenüber dem Verlangen der Berliner Metallarbeiter, den Schiedsspruch vom August, der den Kern der Differenzen bildete, als nicht zureichend zu bezeichnen, stelle ich fest, daß die Schlichtungsausschüsse endgültig entschieden. Eine Revision gegen ihre Entscheidung gibt es nicht. Das Arbeitsministerium hat dem Schlichtungsausschuss mitgeteilt, daß er nicht berechtigt ist, Strafen zu verhängen. Es konnte aber den Schiedsspruch nicht aufheben. Unsere Meinungen gehen weit auseinander. Ich bin Anhänger von Tarifverträgen und war schon immer der Ansicht, daß solche Verträge auch gehalten werden müssen. Ein anerkannter Schiedsspruch hat die Bedeutung einer Vereinbarung. Auf diesen Boden habe ich mich gestellt, und dies ist das ganze Verbrechen, das ich begangen habe. Bei den auf beiden Seiten herrschenden Anschauungen ist der Boden für eine Einigung außerordentlich steinig. Man hätte ruhig die Verhandlungen zu Ende führen und dann keine Maßnahmen treffen können. Die Arbeiter erklären in dem Schiedsspruch, der ihren Wünschen nicht gerecht wird, das Bestreben der Lohnkürzung, des Lohnabbaues und haben danach die Verhandlungen abgebrochen. Sie sind aber nicht dabei stehen geblieben, sondern haben ein Ultimatum an die Arbeitgeber gestellt. Das war nach meiner Ansicht ein taktischer Fehler. Es wurde von mir verlangt, ein anerkannter Schiedsspruch hat die Bedeutung einer Vereinbarung. Die Berliner Kollegen einen Bezirksleiter unseres Verbandes vor. Das konnte ich nicht, da unser Verband Partei in der Sache ist. (Widerpruch.) Auf Vorschlag des Reichsfinanzministers habe ich dann einen Ingenieur als Schiedsrichter bestimmt. Ich muß mit aller Entschiedenheit betonen, daß ich die Absicht gehabt habe, eine Version mit den Verhandlungen zu beauftragen, die voreingenommen gegen eine Partei war.

Genau so wie die Kollegen mit dem Schiedsspruch unzufrieden sind, sind es auch die Arbeitgeber. Was ich im „Hirn“ geschrieben habe, halte ich im vollen Umfange aufrecht. Der Streik ist in der denkbar ungünstigsten Zeit begonnen worden. Ehe ich zu dem Streik habe Stellung nehmen können, haben die Berliner Kollegen mir schon eine bestimmte Meinung unterzogen. Die Berliner Kollegen üben einen Prägebogen, und das soll der Verbandsvorsitzende sein. Ich weiß nicht, worauf das hinaus will. Vielleicht will man mir ein Mißtrauensvotum ausstellen und mich als Vorstehenden beseitigen. So leicht geht das nicht. Ich habe die Absicht gehabt, Schluß zu machen; wenn die Dinge aber so liegen, dann lasse ich es darauf ankommen.

Die weitere Beratung über den Berliner Streik wurde in geschlossener Sitzung gepflogen. Es wurde dabei die eingeschlagene Taktik erörtert. Man wollte das nicht in aller Öffentlichkeit tun. Daß der Streik ein taktischer Fehler war, dürfte wohl allgemein anerkannt werden, seine Sympathie für die Streikenden wird der Kongress trotzdem ausprechen. (Brf. Ztg.)

Die Generalversammlung geschlossen?

Die bürgerliche Mäxter melden, ist der Konflikt zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen zum Ausbruch gekommen. Die Verbandsleitung hat angesichts der Zuspitzung der Gegensätze die Generalversammlung geschlossen bevor die materiellen Beratungen begannen.

Soziale Rundschau.

Vorsorge für Kriegsbeschädigte. Die Reichsregierung hatte im April 1919 für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen für 800 Millionen Mark bereitgestellt. Diese Mittel werden kaum ausreichen. Deshalb sind jetzt nochmals 80 Millionen Mark für soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge und 100 Millionen Mark für Verpflegung an leitende Kriegshinterbliebene auszuweisen worden. Die Bereitstellung dieser Mittel erfolgt auf Wunsch der Nationalversammlung.

44 388 093 Mark Defizit bei der Reichsversicherungsanstalt. Laut „Berl. Lokalanzeiger“ schließt die Reichsversicherungsanstalt ihre Jahresrechnung für 1918 mit einem Fehlbetrag von 44 388 093 M. ab. Dieser Fehlbetrag ist auf Kursverluste zurückzuführen. Das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angefallte beträgt 840 Millionen Mark.

Aus der Partei.

Kochheim, Sozialdem. Verein. Am kommenden Sonntag, 19. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Bühnenhof“ die fällige Monatsversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen notwendig, auch sind Bekleidungsstücke und Gönner unserer Sache freundlichst eingeladen.

Dürmersheim, 15. Okt. Sozialdem. Verein. Sonntag, 19. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Krone“ eine Parteiverammlung statt. Vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen ist dringende Pflicht. Anschließend findet um 8 Uhr eine Kartellversammlung statt. Auch hierzu ist vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

1. Mörich, 16. Okt. Samstag, 18. Okt. abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im „Lorenz“ statt. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

5. Grünwettersbach, 15. Okt. Samstag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Merz“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Franz Knecht aus Durlach spricht über „Die politische Lage im Reich und die Lebensmittelfrage“. Pflicht der Genossen ist es, für zahlreiche Besuch Sorge zu tragen. Vor allem aber werden die Frauen erlucht, sich vollständig einzufinden. Freie Aussprache.

Staufenberg, 15. Okt. Sonntag, 19. d. M. nachm. 3 Uhr, findet im Gasthaus zum Stern unsere Vierteljahrs-Generalversammlung statt. Genosse Wertmeister Berger-Ottenu wird einen Vortrag halten. Die Genossen werden gebeten, vollständig zu erscheinen und auch Kreuze unserer Sache mitzubringen.

Gemeindepolitik.

r. Bürgerauswahlprüfung in Tue bei Durlach. Was lange währt, wird endlich gut! Dies Sprichwort hat sich anscheinend die maßgebende Stelle zum Leisich genommen, denn jetzt und schreibt fünf Monate hat es gedauert, bis endlich einmal der neugewählte Bürgerauswahlschuss zu einer Sitzung zusammengetreten wurde, die am Donnerstag, 9. Oktober, stattfand und folgender Tagesordnung zu erliegen hatte. 1. Verkündigung der Gemeinderatswahl 1918, 2. Erziehung einer Lehrer- und Schuldienerwohnung im neuen Schulhaus, 3. Kreditbewilligung zur Deckung des Bauaufwandes, 4. Aufnahme eines Anlehens für Verbilligungszuschläge für Auslandslebensmittel, 5. Anschaffung von Auslandslebensmitteln, 6. Erhöhung der Rangesgehälter. Erreuterliche ergab sich bei allen Punkten eine Einmütigkeit, wie sie wohl selten in einem Ortsparlament mit verfeindeter Parteizusammensetzung zu finden ist. Sämtliche Vorlagen wurden, nachdem die einzelnen Fraktionen ihre Erklärungen abgegeben hatten, jeweils einstimmig angenommen. Am Schluß der Sitzung gab der Vorsitzende noch einen kurzen Situationsbericht über den derzeitigen Stand der Eingemeindungsangelegenheit.

Grödingen, 16. Okt. Bekanntlich sind alle Wählgänge zur Bürgermeistervwahl ergebnislos verlaufen. Das Ministerium des Innern hat nun den bisherigen Bürgermeisterstellvertreter, unseren Parteigenossen Karl Käst, auf die Dauer von 2 Jahren als Bürgermeister eingesetzt.

4. Aus dem Biefental, 14. Okt. Mit der vorgestern erfolgten Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Kieft zum Bürgermeister von Sleinen hat nun die vierte der größten Dorfgemeinden des Biefentals ein sozialdemokratisches Gemeindeführung erlangt. In der Spitze der Gemeindeführung befinden sich ebenfalls sozialdemokratische Bürgermeister.

Ein Gemeindevorstand. Die Stadterordnetenwahl in Dürren (Heinland) hat mit einem glänzenden Erfolg der Sozialdemokratie geendet. Alle bürgerlichen Parteien haben gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung starken Stimmenverlust, während die Sozialdemokraten Stimmengewinne haben können. Es wurden an Stimmen abgegeben: Sozialdemokratie 3322 = 11 Sitze, Zentrum 7061 = 23 Sitze, Demokraten 1068 = 4 Sitze, Deutsche Volkspartei 799 = 3 Sitze, Kriegsbeschädigtenorganisation 482 = 1 Sitze. Das Zentrum verlor gegen die Januarwahlen 3000 Stimmen, die Demokraten hatten 1000 Stimmen Verlust. Bei der Deutschen Volkspartei betrug der Stimmrückgang 700 Stimmen, während die Sozialdemokratie 100 Stimmen gewann.

Verordnung

Über Kartartoffeln aus der Ernte 1918.

Vom 2. September 1918. Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Einmündigung des Bundesrats...

§ 1. Kartartoffeln dürfen nur an Kommunalverbände, landwirtschaftliche Berufsvereinigungen oder an solche Personen abgesetzt werden, die sie selbst zur Ausfuhr verwenden wollen.

§ 2. Kartartoffeln dürfen aus einem Kommunalverband in einen anderen nur abgesetzt werden, wenn die Lieferung auf Grund eines schriftlich abgeschlossenen und von dem Kommunalverband, aus dessen Besitz die Kartoffeln abgesetzt werden, gemäß § 3 genehmigten Vertrags erfolgt.

§ 3. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Vertrag bis zum 15. November 1918 einschließlich abgeschlossen ist und seitens der Erwerber, sofern nicht landwirtschaftliche Berufsvereinigungen oder Kommunalverbände die Erwerber sind, eine Bescheinigung des Kommunalverbandes, in dem die Kartoffeln zur Ausfuhr verwendet werden sollen, beigebracht wird.

Der Antrag auf Genehmigung ist alsbald nach Abschluss des Vertrags, spätestens bis zum 25. November 1918 zu stellen.

§ 4. Die Kommunalverbände haben bis zum 1. Dezember 1918 der Reichskartoffelstelle eine Liste der von ihnen angebotenen Kartoffeln einzureichen.

§ 5. Die Reichskartoffelstelle hat die auf Grund der angebotenen Kartoffeln zu liefernden Kartoffeln dem Kommunalverband auf die gemäß der Verordnung über die Kartoffelverfuhrung vom 18. Juli 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 788) aus seinem Besitz zu liefern.

§ 6. Die Reichskartoffelstelle im § 2 der Verordnung über die Kartoffelverfuhrung, Satz 1, hat die auf Grund der angebotenen Kartoffeln zu liefernden Kartoffeln dem Kommunalverband auf die gemäß der Verordnung über die Kartoffelverfuhrung vom 18. Juli 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 788) aus seinem Besitz zu liefern.

§ 7. Kartartoffeln, die als Kartartoffeln erworben sind, dürfen nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes und, wenn ein Kommunalverband der Erwerber ist, nur mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde zu anderen als zu Kartartoffeln verwendet werden.

§ 8. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie bestimmen, wer als Kommunalverband, als höhere Verwaltungsbehörde und als landwirtschaftliche Berufsvereinigung im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehnhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften in den §§ 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Verordnung.

Vom 8. Oktober 1918.

Nach Vollzug der Bundesratsverordnung vom 2. September 1918 über Kartartoffeln aus der Ernte 1918 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1002) wird verordnet, was folgt:

§ 1. Im Sinne der Bundesratsverordnung ist Landeszentralbehörde das Ministerium des Innern, landwirtschaftliche Berufsvertretung die Badische Landwirtschaftskammer, Vermittlungsstelle nach § 3 Absatz 1 Satz 3 sowie höhere Verwaltungsbehörde nach § 5 die Badische Kartoffelverfuhrung.

§ 2. Innerhalb eines Kommunalverbandes bedarf der Absatz von Kartartoffeln zwischen den in § 1 Absatz 1 der Bundesratsverordnung bezeichneten Personen keiner Genehmigung. Nur den Verkauf von Kartartoffeln innerhalb des Kommunalverbandes, sowie für den Verkauf in auswärtige Kommunalverbände gelten die Bestimmungen unserer Verordnung vom 2. April 1918, Besondere Verordnung über Kartoffeln betreffend (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 55).

§ 3. Bei Erteilung der Genehmigung der Verfuhrungsverträge durch den Kommunalverband des Absatzorts sowie bei Ausstellung der Bescheinigung durch den Kommunalverband des Einfuhrorts haben die Kommunalverbände darauf zu achten, daß der Kartartoffelverkehr nicht unrichtig erwirkt wird. Die Entscheidungen sind zu beschleunigen.

§ 4. Die Kommunalverbände haben darüber zu wachen, daß die in ihren Bezirk abgesetzten Kartartoffeln auch tatsächlich zur Ausfuhr verwendet werden, sofern nicht nach § 5 der Bundesratsverordnung eine Ausnahme zulässig ist.

§ 5. Die nach § 4 der Bundesratsverordnung von den Kommunalverbänden vorzulegende Uebersicht ist bei der Badischen Kartoffelverfuhrung in doppelter Fassung einzureichen.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1918. Großherzogliches Ministerium des Innern. Dr. Schöly. v. Bodmann.

Diese Vorschriften gelten auch für den Verkehr mit Kartartoffeln aus der Ernte 1919 mit der Maßgabe, daß als Zeitpunkt bis zu dem Verträge über Kartartoffeln abzuschließen sind, der 30. November 1919 festgesetzt ist.

Der Verkauf von Kartartoffeln mit der Bahn oder dem Schiff ist nur mit einem vom Kommunalverband des Absatzorts erteiltem Frachtbrief (Erpessensurkunde) und sofern der Verkauf durch eine landwirtschaftliche Berufsvertretung erfolgt, auch mit einem von der Geschäftsstelle der Bad. Kartoffelverfuhrung ausgefertigten Frachtbrief gestattet.

Der Verkauf von Kartartoffeln mit der Bahn oder dem Schiff ohne abgemeldeten Frachtbrief ist verboten. Der Verkauf oder die sonstige Verbringung von Kartartoffeln mit Postwert oder Kraftposten in eine andere Gemeinde ist nur mit einem vom Postbeamtenamt des Versandorts ausgefertigten Frachtbrief zulässig.

Die Beförderung darf nur an dem Tage erfolgen, welcher von dem Beamtenamt des Versandorts als Abgangstag vermerkt ist.

Vorkommende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Badisches Postamt. 7201

Brantweinmonopol (Uebergangsordnung) betreffend.

1. Am 1. Oktober tritt das Gesetz über das Brantweinmonopol in Kraft.

2. Mit diesem Tage geht das Eigentum an dem unter steuerlicher Verwahrung stehenden Brantwein auf die Monopolverwaltung über.

3. Alle Trinkbrantweinbestände des freien Verkehrs (Richtwasser, Zwischengewässer, Liköre usw.) müssen bis spätestens 3. Oktober bei der Bezirkssteuerstelle angemeldet werden.

4. Formulare zu den Anmeldungen werden von den Bezirkssteuerstellen (StZ. und StA.) ausgegeben.

5. Inhaber von Gasthäusern, Schenkwirtschaften, andere Gewerbetreibende, die sich mit dem Verkauf oder dem Betrieb von Brantwein befassen, ferner Konsumvereine, Kaffee-, Kantinen-, Logen- und ähnliche Vereinigungen.

6. Von den angemeldeten Trinkbrantweinbeständen ist das Freigeld zu entrichten durch Abdrücken von Freigeldscheinen über der Öffnungsstelle des Behältnisses (1/4 Flasche 1 M., 1/2 Flasche 0,50 M., 3/4 Flasche 0,25 M.).

7. Freigeld braucht dagegen von dem Trinkbrantwein nicht entrichtet zu werden, der noch bis zum 31. Dezember 1919 an Verbraucher abgegeben wird.

8. Die Befehle können auch, ohne daß Freigeld sofort erhoben wird, in einen sogenannten Freigeldbetrieb überführt werden.

9. Formulare zu den Anmeldungen werden von den Bezirkssteuerstellen (StZ. und StA.) ausgegeben.

10. Inhaber von Gasthäusern, Schenkwirtschaften, andere Gewerbetreibende, die sich mit dem Verkauf oder dem Betrieb von Brantwein befassen, ferner Konsumvereine, Kaffee-, Kantinen-, Logen- und ähnliche Vereinigungen.

Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus.

Samstag, den 18. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im Saale des „Muerhahn“, Schützenstraße 55

Öffentlicher Vortrag

„Betriebsräte, Sozialisierung und Dreigliederung.“

Referent: G. Kühn, Mitglied der vorbereitenden württembergischen Betriebsrätegesellschaft in Stuttgart.

Freie Aussprache.

Da es im eigenen Interesse aller Arbeitenden liegt, sich ein eigenes Urteil über die besprochenen Fragen zu bilden, wird zahlreicher Besuch erwartet.

Ortsgruppe Karlsruhe.

Beamtet! Staatsarbeiter!

Freitag, 17. Oktober 1918, 6 Uhr abends, findet in der Festhalle in Karlsruhe

Protest-Versammlung

Thema: Wohin streuern wir? Ein Protest gegen die Ausbeutung der Festbesoldeten.

Alle Kollegen sind eingeladen. Erscheinen ist Ehrensache.

Badischer Beamtenbund.

Karlsruher Ortsverband der Beamten-Vereine.

Badischer Eisenbahnverband.

Verband des deutschen Verkehrspersonals Gau Baden.

Arbeitsgemeinschaft der Reichspostbeamten.

Arbeiter Absinentenbund

Ortsgruppe Karlsruhe. Montag, 20. Okt., abends 8 Uhr im Handarbeitssaal der Hebelchule

Vortrag über Hans Thoma

von Herrn Professor Widmer. Jedermann hat freien Zutritt.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Karlsruhe. E. U. In dem am Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal 3 der Brauerei Schrempf, Waldstraße, stattfindenden

Lichtbilder-Vortrag

„Der Tourist als Photograph“

von Herrn Chr. Münch

Laden wir unsere Kameras, sowie Freunde u. Gönner des Vereins freundlich ein. — Eintritt: frei.

Rant-Gesellschaft, Ortsgruppe Karlsruhe.

Berichtigung.

Die Eintrittspreise zum Vortrag des Herrn Prof. Dr. A. Liebert (Berlin) „Unsere Zeit und die Philosophie“

am Samstag, den 18. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im großen Rathhaussaal betragen

für Nichtmitglieder M. 1.— für Mitglieder der Ortsgruppe 50 Pf.

Dies gilt auch für alle Personen, die sich am Samstag als Mitglieder eintragen. — Alle Freunde der Philosophie sind einged.

Klub Belgischer Riesenzüchter

Karlsruhe-Beiertheim. Sämtl. Sonntag, den 19. Oktober 1918, keine

Raninchen-Ausstellung

im „Gasthaus Murgtälcher Hof“ ab. Es ladet hierzu herzlich ein

Die Ausstellungs-Leitung.

Zu den 3 Linden, Mühlburg

Am Samstag, den 18. Oktober 1918, findet eine



K.F.C. PHÖNIX - ALEMANNIA

Dienstag und Donnerstag

Übung

auf dem Sportplatz im Fasanengarten.

Heute Freitag, 17. Oktober 1918, abends 8 Uhr

Spieler-Versammlung

im „Löwenrachen“ mit

Vortrag des Herrn Leopold über

„Spielregeln“.

Vollzähliges Erscheinen der Verbandsmannschaften namentlich der I. dringend erbeten.

Sonntag spielfrei.

Gesang-Verein „Badenia“

E. S. Am Sonnabend

Sonntag, den 19. ds. Mts.

findet im Vereinslokal ein

Familienabend

mit nachfolgendem Tanz.

Wir laden die verehr. Mitglieder mit ihren Angehörigen hierzu herzlich ein.

Mitgliederkarten sind unbedingt vorzubringen.

Anfang pünktlich 4 Uhr.

Der Vorstand.

Ölsardinen

in kleinen und grossen Dosen.

Holl. Sardellen offen u. in Gläsern

Salzgurken Sauerkraut

ff. Olivenöl ff. Erdnussöl

ital. Maccaroni (Spaghetti)

Tafelgelen Malagatraben ff. Pralinen Fondants

englische Kekes Paket 95 Pfg.

holl. Honigkuchen Ceyl. u. chin. Tee

deutsch, Ojga-Tee holländ. Kakao

gebrannt. Kaffee

Weiß- u. Rotweine Malaga hell und dunkel

Cognac deutsch u. französisch

feinste Liköre mit Zucker gesüsst

bei 7211

Kissel Kaiserstr. 130, Tel. 222

Verordnung

Über Kartartoffeln aus der Ernte 1918.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Einmündigung des Bundesrats...

§ 1. Kartartoffeln dürfen nur an Kommunalverbände, landwirtschaftliche Berufsvereinigungen oder an solche Personen abgesetzt werden...

§ 2. Kartartoffeln dürfen aus einem Kommunalverband in einen anderen nur abgesetzt werden, wenn die Lieferung auf Grund eines schriftlich abgeschlossenen und von dem Kommunalverband, aus dessen Besitz die Kartoffeln abgesetzt werden, gemäß § 3 genehmigten Vertrags erfolgt.

§ 3. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Vertrag bis zum 15. November 1918 einschließlich abgeschlossen ist und seitens der Erwerber, sofern nicht landwirtschaftliche Berufsvereinigungen oder Kommunalverbände die Erwerber sind, eine Bescheinigung des Kommunalverbandes, in dem die Kartoffeln zur Ausfuhr verwendet werden sollen, beigebracht wird.

§ 4. Die Kommunalverbände haben bis zum 1. Dezember 1918 der Reichskartoffelstelle eine Liste der von ihnen angebotenen Kartoffeln einzureichen.

§ 5. Die Reichskartoffelstelle hat die auf Grund der angebotenen Kartoffeln zu liefernden Kartoffeln dem Kommunalverband auf die gemäß der Verordnung über die Kartoffelverfuhrung vom 18. Juli 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 788) aus seinem Besitz zu liefern.

Ant.-Gesv. Gleichheit
1904



Sonntag, d. 19. Okt., findet in Durlach im „Saal“

Tanz-Unterhaltung

Statt. Hieran laden wir unsere Mitgl. oder, sowie Freunde des Vereins freundlichst ein.

7214 Der Vorstand.



Freie Turnerschaft

Rastatt.

Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Anker-Saal

Versammlung.

Tagesordnung:
„Der Arbeiterport im neuen Deutschland“.
Referent: F. Giese-Karlsruhe.

Wir laden zu dieser Versammlung die Turn- und Sportgenossen, sowie Gewerkschaftskollegen von hier und Umgebung mit dem Ersuchen um zahlreiches Erscheinen freundlichst ein. — Nach dem Vortrag

Unterhaltung und Tanz.

7245 Der Turnrat.

Tanzinstitut.

Meinen Schülern zur Kenntnisnahme, daß am Dienstag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, im Saal des Gasthaus „zur Rose“ am Kaiserplatz die erste Stunde beginnt. Anmeldungen können noch gemacht werden Kronenstr. 10, p., Schreibbüro.

Alfred Trautmann

Operettenchor und Lehrer der Tanzkunst.

Badisches Landes-theater.

7174 Freitag, den 17. Oktober 1919.

Gas

Schauspiel in fünf Akten von Georg Kaiser.
Anfang 7 Uhr. (Kl. Pr.) Ende gegen 10 Uhr.

Täglich frisch gekelterter

Apfelsaft

Feinster Himbeer-saft

Flasche 3/4 Liter Mk. 6.—
" ca. 1/2 " " 3.20
" " 3/8 " " 2.80

Feinster Zitronen-saft

(In Zucker eingekocht)

Flasche 3/4 Liter Mk. 8.30
" ca. 1/2 " " 4.50
" " 3/8 " " 4.30

1^a Walnüsse 1^a gedörrte Pflaumen
Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade
Diverse Delikatessen. 7210

Gärungslose Früchte-verwertung & V.

Herrnsstraße 29 Telefon 5050.

Oehlmühle

H. Langendörfer bei den Kirchen
Weingarten bei Durlach

Montag, Dienstag, } **Wohn**
Mittwoch, Donnerstag }
Freitag und Samstag } **Reps.**

Schlagheine sind mitzubringen.
Gemäß ministerieller Verfügung ist jedes Bürgermeisterei verpflichtet, den Berechtigten auf Verlangen Schlagheine auf meine Mühle auszustellen. 7239

Land- und Waldarbeiter

wenden sich in allen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffenden Fragen an ihren Gauleiter Hans Niedl in Freiburg im Breisgau, Konradstraße 15 II. 6008

Das neue Bücher-Verzeichnis unserer

Leihbibliothek

ist erschienen!

Verlangen Sie kostenlos unsere (auch für auswärtige Leser) günstigsten Leih-Bedingungen.

Geschw. Knopf

Karlsruhe i. D.

Umfassonieren

aller Sorten 6089

Damen- u. Herren-Hüte

übernimmt bei schnellster Lieferung

Mittelbadische Hutfabrik

Schneider & Hanselmann
Karlsruhe **Kriegstr. 70** nächst der Rappurtr.

Süddeutsche Photographische

::: Vergrößerungs-Anstalt :::

Telephon 2443. Telephon 2443.

Geschäftsverlegung und Empfehlung.

Meiner werten Kundenschaft, sowie dem werten Publikum von Karlsruhe u. Umgebung die ergebene Mitteilung, dass ich meinen Geschäftsbetrieb ab 14. Oktober von der Yorkstrasse 10 nach

Kaiserallee 51

verlegt habe. Indem ich freundlichst bitte, mir das bisher geschenkte Wohlwollen auch fernerhin bewahren zu wollen, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung

Fritz Albrecht

Atelier moderner Photographie und Malerei.

Ansiedelungsmöglichkeiten

bieten sich für

- Kriegsbeschädigte
- *** Bauern ***
- Gewerbetreibende
- Land-, Industrie-Arbeiter usw. usw.

durch die

Badische Siedelungs- und Landbank G. m. b. H.

Fernsprecher 5091 **Karlsruhe** Kriegstrasse 184
Gemeinnütziges vom Staate landw. Körperschaften, Städten und Kreisen begründetes Siedelungsunternehmen.

Siedelungsbewerber meldet Euch sofort!



Altbewährt!

Erfreut ist jeder über seinen Hastrunk aus

Keine Getränke! Heinen's Kunstmosextract

(Heinen's Trankextract).

Vorzüglich auch zum Strecken von Obstmost. Das Liter nur 15-16 Pf. In Verschlussflaschen zu 50, 100 und 150 Liter mit und ohne künstl. Säbstoff fast überall erhältlich; wo nicht Bezugsquellen durch: 5388

Heinen's Kunstmosextract-Fabrik Pforzheim.

Wir suchen

für sofort und später 6926

Allein-Mädchen, Köchinnen und Zimmermädchen

Städtisches Arbeitsamt
Zähringerstraße 100 Zimmer Nr. 11.

Jüngere Mädchen

finden leichte Beschäftigung

F. Wolff & Sohn

G. m. b. H.
Abteilung Kartonnage.

Offene Stellen!

Gesucht werden für hier und auswärts:

60 Elektromonteur, 30 Maschinenschleifer, 15 Holz- und Kesselschmied, 10 Zimmerleute, 4 Glaser, 2 ältere Eisenhobler, 20 Maurer, 3 Steinhaue, 2 Wagen- und Autofachwerker, 1 Polsterer und Dekorateur, 1 Polsterer auf Ledermöbel, 1 selbständiger Autofachwerker. 7282

Städt. Arbeitsamt

Zähringerstraße 100.



A. Muffinger
Yorkstraße 8.
Telephon 1700.
Spiegel.

Für den Herbst

empfehle ich meine

Kleider-Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Werkstätte.

Eugen Messner

Zähringerstr. 59. Telephon 3036

Wenden, Umändern von Zivilkleidern und Uniformen.

Pünktliche und reelle Bedienung (Abholen und Zustellen der Kleider). 6945

Große Vorteile

liefe ich Ihnen bei Bezug von Stahlwaren, Sägen- und Säbengeräten. 6007

10% Rabatt

gebe ich auf alle Artikel bei Bestellung von M. 100.— auswärts.

Schreiben Sie sofort nach meiner neuesten Preisliste, die ich jedem portofrei sende.

Karl Leupold, Weiden, Magstr. 99.